

Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 3.-Rm. durch Kreuzband 3,60 Rm. Ausg. 5 monatlich, 19 Rm. Deutschsprachig monatlich, 2 Schilling.

Anzeigen-Preise:

Für die 10gehalt. Millimeter Zeile 15 Goldschg., d. ganz Seite 600 Goldschg. Bei Platzmangel: entsprechend. Aufschlag, Rabatt nach Tarif.

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.

Verlagspreis: 2000 8082 Postgeb.-Konto Berlin 88714

Unverlangt Manuskript. In Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 16

Berlin, den 16. Ostermonds (April) 1927

8. Jahrgang

Inhalt: Stresemann-Litwins Ehrentage in Plauen. — Ist Hitlers Italienpolitik richtig? — Von Genj zu Genj. — Theodor Fritsch und der Warburg-Prozess. — Die „Grüne Post“. — Merkenlagers, Günther und die deutsche Jugend. — Medienburgische Landespolitik. — Aus der Bewegung.

Stresemann-Litwins Ehrentage in Plauen.

Die dritte Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes hat mir endlich, wenn schon nur kurz, Gelegenheit gegeben, einige Worte zum damals noch laufenden Plauerer Prozeß zu sagen:

„Ich kann darum diese Ausführungen nicht ablehnen, ohne noch einmal auf den Skandal des Plauerer Prozesses hinzuweisen. Mein Freund Feder hat neulich schon darauf hingewiesen und gesagt, daß eine derartige Biographie, wie sie sich in Plauen jetzt jeden Tag vollzieht, selbst Erzberger nicht postiert sei. Die Namen Litwin und Stresemann sind von jetzt an unlosbar miteinander verbunden, und ich kann außerdem beiläufig der Deutschen Volkspartei zu diesem Mäzen nur meinen allerherzlichsten Glückwunsch aussprechen. Der Prozeß ist noch nicht am Ende, aber wir haben bis jetzt schon sozial Standalöses und Beschämenswertes gehört, daß wir das Verbleiben Dr. Stresemanns in seinem Amt ebenfalls für einen Skandal halten. Wir fordern seinen Rücktritt, weil sein Verbleiben eine Schande für das deutsche Volk ist.“

Die Strafe hierfür war ein „Ordnungsruf“ des Präsidenten. Charakteristisch, besorgreich und erfreulich aber war, daß der Genosse Breitscheid in seiner sich gleich anschließenden Rede mit sittlicher Entrüstung erklärte, ein Skandal allerdings sei der Plauerer Prozeß, aber in ganz anderem Sinne, als ich es gemeint hätte, nämlich wegen der unerhörten Verdächtigungen, die dort gegen den Minister Stresemann ausgesprochen wurden und wegen der „Hehe“, die gegen diesen Minister in Szene gesetzt werde. Charakteristisch war das, weil einer der Führer der Barmark-Partei, dem Führer der Litwin-Partei im Gefühl der Gemeinamkeit der „Interessen“ schüßend zur Seite tritt, trotzdem der erstere sich mit seiner Partei in der Opposition befindet. Das bedeutet die „sittliche Forderung“, daß neudeutschen Reichstagsabgeordneten, Ministern das schöne Recht, mit jüdischen Schiebern zu verkehren, sich zu befreundeten und sich über ihren Parteien geldliche Zuwendungen machen zu lassen, um „Politik zu treiben“, mit den Schiebern in „Geschäftsverbindung“ zu stehen, — daß dieses heilige Recht ihnen nicht verkümmert werden darf. Unter „Vertümmern“ ist hier keineswegs zu verstehen, daß etwa irgendwelche Verbote oder Einschränkungen für das Eingehen dieser schmutzigen Verbindungen zwischen Person, Politik und Geld geschaffen werden dürften. Es ist im neudeutschen Geiste schon unmoralisch, verwerflich und zudringlich an solchen Dingen überhaupt Anstoß zu nehmen, nicht zu reden von dem abscheulichen Verbrechen, gar „Material“ zu beschaffen, um Minister oder Abgeordnete unmöglich zu machen, von denen man weiß, oder annimmt, daß sie persönlich oder politisch, oder beides, mit dem Geschäft unzulässige Verbindungen eingegangen seien. In der Tat ist es schon erfreulich weit für derartige Wünsche und Forderungen im Deutschland von Weimar gekommen. Man fand letzterzeit sogar in nationalen Blättern Betrachtungen mit dem folgenden Leitgedanken: die parlamentarische Demokratie bringe die Vermischung von Politik und Geschäft nun einmal mit sich, zu ändern sei das nicht, und man könne eine Besserung nicht durch Versuch der Beseitigung solcher Zustände herbeiführen, sondern nur, indem man sie der Öffentlichkeit unterbreite. So müßte z. B. jeder Abgeordnete gleich bei Übernahme seines Mandats seine geschäftlichen Verbindungen und Interessen, insbesondere auch den Bekä von Aufsichtsratsposten, öffentlich bekannt machen. Man kann ruhig zugeben, daß nicht viel anderes übrig bleibt, für den, welcher die „Entwicklung“ — im heutigen Sprachgebrauch verstanden — für etwas Gegebenes und Unabänderliches hält. Solange die Grundlagen der parlamentarischen, demokratischen, kapitalistischen Zustände bleiben, wird die ausgesprochene oder unausgesprochene Korruption selbstverständlich und notwendig bleiben. Maßnahmen und Gesetze, die sich zum Beispiel auch damit befassen, die Tüchtigkeit und ihre Tätigkeit dem Parteikampf, d. h. den Interessen der Parteien, zu entziehen, werden erfolglos bleiben. Das alte englische Wort: „Männer, nicht Maßnahmen“ — bleibt immer richtig. Hier ist es in dem Sinne zu verstehen, daß leitende Männer, wie sie hier erforderlich sind, unter dem herrschenden System nicht leitend werden, jedenfalls infolge dieses Systems nicht die erforderliche Betätigungsmöglichkeit haben können. Man geht hier — und das zeigt wieder die gesamte, auch nationale, Presse — mit großem Bedacht um den Brei herum, und hütet sich ebenso umsichtig, das letzte Wort, das einzige Wort, welches wirklich nötig ist, auszusprechen.

Die demokratische, parlamentarische Republik herbeizuführen und zu halten, ist das typische Bestreben des Judentums, weil es weiß, daß eine solche Republik im

Zeichen des Geldes, des Geldgeschäfts und damit im Zeichen der Korruption ohne weiteres steht, und eben damit zugleich eine jüdische Kolonie ist. Diese Tatsache der Bevölkerung im ganzen nicht zum Bewußtsein kommen zu lassen, ist die Taktik von Juden und Judengenossen. So war es schon vor hundertvierzig Jahren mit der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, mit der Gütlichkeit der Vernunft, später mit dem alles gehen lassen wie es will (Laissez faire, laissez aller), mit dem Fortschritt der Menschheit, und wie die Schlagwortkämpfer weiter lauten. Besonders wichtig für den erhabenen Zweck der Judenherrschaft ist der Parlamentarismus mit dem Mehrheitsprinzip; (Der Mißbrauch des Wortes Prinzip oder Grundgesetz ist zu beachten.) Dieses „Prinzip“ ist das Element der Käuflichkeit und des „Teile und Herrsche“ für den Juden. Ich brauche den Lesern des „Reichswart“ die Auswirkung dieses erhabenen Prinzips nach den vergangenen acht Jahren voll Schmutz und Ekel nicht im einzelnen darzulegen. Es kam hier nur darauf an, den wirklich grundsätzlichen Zusammenhang zwischen den Erscheinungen des Stresemann-Prozesses und dem Wesen dieser Republik kurz zu zeigen. Freilich fehlt dann hier ein noch sehr wichtiges Moment mehr persönlicher Art. Der Außenminister Dr. Stresemann verfügt in hohem Maße über eine Gabe, deren Anerkennung als höchstes Lob in dieser Republik gilt, über die Gabe der Schlaueit. Im „Reichswart“, in meinem Buche über Stresemann und in Reden habe ich oft gerade diesen Wesenszug Stresemanns hervorgehoben. Er drückt sich auch in seinem Aussehen aus. Ein deutscher Republikaner, dem der Gestirnschmuck noch nicht abhanden gekommen war, sagte einmal: wenn er Stresemann ansehe, müsse er immer denken: so müsse in Deutschland ein Mann aussehen, der an leitender Stelle das Wesen dieser Republik ausdrücke. Ich antwortete: am Neuesten des Herrn Außenministers sei mir immer das Wort in Erinnerung gekommen: „es ist der Geist, der sich den Körner baut“. Dieselbe Ueberlegung führt uns auch zum Verständnis, weshalb trotz aller Schlaueit der Außenminister Dr. Stresemann sich in einer durch den Namen Litwin ganz allgemein bezeichneten Gesellschaft wohlfühlen überhaut in dieser verweilen kann. Dr. Stresemann ist bekanntlich mit dem Judentum auf das engste verbunden. Er lebt so vollkommen in der jüdischen Anschauungs- und Gedankenwelt, — offenbar ist sein Wesen dafür besonders geeignet, von der jüdischen Anschauung und dem jüdischen Geist ganz durchtränkt —, daß er kritisch darin lebt und eines rein deutschen Denkens und Fühlens nicht fähig ist. Die Plauerer Verhandlungen haben ausgiebig gezeigt, ein wie hoher Grad von Intimität zwischen Stresemann und dem Hause Litwin bestand, ohne daß wir natürlich wissen, wie weit diese Intimität auf dem Gebiete des persönlichen und des politischen Lebens gegangen ist. Daß Stresemann durch Litwin auch mit Poincaré verkehrt hat, scheint mir zu sein. Es war eines der Kennzeichen des Plauerer Prozesses, daß der Anwalt Stresemanns, der Staatsanwalt und der Vorsitzende mit einer konsequenten anästhetischen Willensfreiheit jede Erörterung verhinderten, welche eingehender, vollständiger Aufklärung des Verhältnisses zwischen Stresemann und dem Hause Litwin hätten dienen können; man kann nur hoffen, daß in der Berufungsinstanz und in Prozessen, die möglicherweise noch aus dem Plauerer Prozeß hervorgehen, alles getan wird, um hier einzudringen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, zu zeigen, in was für Händen die Angelegenheiten des deutschen Volkes „ruhen“.

Über nicht nur das: wir am allerwenigsten dürfen verkennen, wie weit in der deutschen Öffentlichkeit man im allgemeinen bereits an den Verkehr leitender Leute mit minderwertigen, insbesondere jüdischen, Elementen gewöhnt ist. Die große Gefahr besteht, daß man weithin in der deutschen Bevölkerung diesen Dingen mit wachsender Gleichgültigkeit zuseht, nach dem bewährten Rezept: das bringe die „Entwicklung“ nun einmal mit sich. Der Prozeß hat unter vielem anderen ergeben, daß Stresemann bei Litwin als Aktienbesitzer beteiligt war, daß derselbe Litwin ein Konto „S. Gustav“ geführt hat, daß Litwin das Stresemannsche Parteiblatt „Die Zeit“ finanziert hat, daß Stresemann von ihm eine mit Eisenbein ausgelegte silberne Schale als Geschenk erhalten hat, daß der Außenminister und der Schieber Litwin einander Du nannten, daß die Familie Litwin außer sich über die „Reißeit“ Stresemanns schimpfte: wenn er Geld haben wolle, sei er immer da, in der Not könne man sich nicht auf ihn verlassen usw. usw. Es kommt wenig darauf an, ob diese Dinge in jeder Einzelheit und in allen Abstufungen gerichtsamtlich bewiesen worden sind. Das gleiche gilt von der Frage, ob das, was geschehen sei, als Korruption zu bezeichnen wäre oder nicht. Auf alles das kommt viel weniger an,

als auf die furchtbare Tatsache: dieses Milieu, die Atmosphäre des ostjüdischen Schiebertums — Litwin ist 1917 in Deutschland naturalisiert worden — ist das Element des politischen und geschäftlichen Lebens, in welchem der Außenminister Dr. Stresemann mit Behagen und Selbstverständlichkeit schwimmt. Die Selbstverständlichkeit ist so groß, daß ihm gar nicht in den Sinn kommt, so etwas schäme sich nicht, sei unwürdig und minderwertig und ein böses Zeichen für seinen Geschmack, sein Niveau. Das ist der Kern der Bedeutung des Prozesses von Plauen.

Wir haben hier des öfteren im Laufe der letzten Jahre eine Eigenschaft des Außenministers Dr. Stresemann zum Ausdruck gebracht, die sich in unserer Bezeichnung der „gehobene kleine Mann“ ausdrückte. Diese Bezeichnung richtet sich in keiner Weise gegen Persönlichkeiten überhaupt, die von unten aufgestiegen sind. Im Gegenteil, jenes Etwas, das man parvenuhaft nennt, ist oft genug bei Persönlichkeiten vertreten, die aus den früher herrschenden Schichten hervorgegangen sind. Solche Männer, die sich ganz durch eigene Kraft und ganz von unten hinauf gearbeitet haben, durch wirkliche ehrliche Arbeit, können durchweg auf eine persönliche Leistung von solcher Größe zurückblicken, daß ihnen die kleine gemeine Eitelkeit einerseits fern liegt, sie andererseits auch durch keinen „Glanz der großen Welt“ gebendet werden. Beim Außenminister Dr. Stresemann ist die Eitelkeit, jene Hypothek, von der Bismarck so oft gesprochen hat, in außerordentlichem Maße vorhanden. Sie strahlt auch aus jeder seiner zahlreichen Photographien heraus. Von denen einer, welche zeigt, wie italienische Studenten im Karneval, ihm, dem naive geschmeichelt lächelnden, eine „Ovation“ mit spöttischem Gelächter bringen, jagte ich vor einigen Wochen im Reichstage: auf dem Bilde fehlten dem Herrn Außenminister nur noch die Pfauenfedern. Zu dieser außerordentlichen Eitelkeit kommt der Ehrgeiz, überall „Rolle spielen“ zu müssen; davon viellecht ein anderes Mal. Außerdem scheint beim Herrn Außenminister der Drang zum materiellen Genuß und das Behagen, in diesem zu leben, einen ungewöhnlich großen Bestandteil seines äußeren und inneren Lebens einzunehmen. Man kann sich, obgleich diese Charakteristik noch viele Lücken läßt, hiernach leicht erklären, daß der Außenminister sich zu den Kreisen des Ostjudentums, auch eines Mannes, wie Litwin, hingezogen fühlt. Sehr möglicherweise ist auch die persönliche Zuneigung dabei, gegründet auf gegenseitige Sympathie, auf Gleichheit der „Weltanschauungen“, insbesondere der Lebensanschauungen, viellecht auch, daß die beiden Persönlichkeiten sich ergänzen. Wer vermöchte in die inneren Mysterien dieser reizvollen Freundschaft einzudringen. Lassen wir uns an der Erkenntnis genügen, daß seitens des Herrn Außenministers Dr. Stresemann der Zug nicht allein zur Person Litwin geht, sondern zur Gattung Litwin. Darauf kommt es letzten Endes hauptsächlich an. Die eigentliche Hauptsache freilich bleibt: von solchen Männern und ihrem Anhang wird das deutsche Volk „regiert“.

Der Plauerer Prozeß ist, so wenig es auch dem tapferen Angeklagten, Rechtsanwalt Müller, möglich gewesen ist und möglich sein konnte, zum Ziel zu gelangen, doch höchst begrüßenswert und ein Erfolg. Er hat ein Schlaglicht geworfen, das der Dunkelheit nicht wieder weichen wird. Dr. Müller vor allem gebührt Dank und rückhaltlose Anerkennung. Nicht um Angriffe handelt es sich, sondern darum, daß das deutsche Volk den Herrn Außenminister Dr. Stresemann und sein Milieu so sieht, wie sie sind. Das ist ein Ziel von kaum zu übertreffender Bedeutung.

Ist Hitlers Italienpolitik richtig?

Im Jahre 1925 fand im Reichstag jene pathetische Mussolini-Debatte statt, zur höheren Ehre des Außenministers Dr. Stresemann. Er und seine Partei, hauptsächlich die ganze Linke — Redner der sozialdemokratischen Fraktion war der Jude Stampfer — schwelgten in „großdeutscher“ Entrüstung gegen Mussolini und traten mit flamenden Worten für die Erhaltung und die Befreiung des tiroler Deutschitums ein. Ich habe der Linken damals gesagt, daß sie ihre großdeutsche Gesinnung und Entrüstung bemerkenswerterweise nur für Südtirol entdeckten hätten; daß die Dinge für sie ganz anders liegen würden, wenn Italien marxistisch regiert würde und wenn umgekehrt in Polen und in der Tschecho-Slowakei das faschistische System herrschte und die Juden Nichts zu sagen hätten. — Unter solchen Verhältnissen würde kein Sozialdemokrat, kein Demokrat und kein Mittelparteiler vom Dasein der Deutschen Südtirols überhaupt Notiz nehmen, dagegen mit mannhafter „großdeutscher“ Begeisterung für

Die deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschecho-Slowakei ein Leben, zum mindesten reden. Alles in allem war jene Mussolini-Debatte eine Orgie jüdischer und judaischer Heuchelei. Es handelte sich im Grunde sachlich um die sehr bedenkliche Frage, ob denn ein seiner nationalpolitischen Pflichten bewußter Deutscher wirklich der Meinung sein könnte, daß Deutschland sich um der unterdrückten Deutschen Südtirols willen in einen feindlichen Gegensatz zur Großmacht Italien stellen dürfe. Diese Frage hat neulich Adolf Hitler in einer großen Münchener Versammlung berührt, und sie prägnant dahin zusammengefaßt: jeder, der nicht der Ansicht sei, daß Deutschland dreihunderttausend Tote für die Eroberung Südtirols hinzugeben habe, sei ein Heuchler, wenn er die Hege gegen Italien mit ihrer Südtirolparole sich zu eigen mache. Hitler hat außerdem auf jene Heuchelei der Linken hingewiesen, die, wie ich hinzufüge, nur den Haß des Judentums und des gefälschten Judentums gegen Mussolini und die Furcht vor einer Ausbreitung des faschistischen Gedankens durch pseudonationale Phrasen zu verflüchteln und Michel in den Dienst des internationalistischen Gedankens zu halten bestrebt ist.

Italienische Blätter haben sich zustimmend zu den Äußerungen Hitlers ausgesprochen und die Folge ist lautes verlogenenes Entrüstungsgeschrei der linken Presse in Deutschland gegen den „Nationalverräter Hitler“, wie der „Vorwärts“ sich ausdrückt. Dazu haben die deutschen Vereine Nordtirols sich in einem offenen Brief gegen Hitler gewandt und in scharfen Tönen die in seiner Rede ausgesprochenen Wendungen gemißbilligt. (Der „Völkische Beobachter“ hat den offenen Brief im Wortlaut veröffentlicht.) Der politische Hauptvorwurf dieses Briefes ist die Behauptung, Hitler wolle sich durch Verzichtserklärung auf Südtirol die Freundschaft Mussolinis erkaufen.

Um mit dem Leben zu beginnen, so kann kein kühler und gewissenhaft überlegender deutscher Politiker sachlich in Abrede stellen, daß Hitler mit seinem Grundgedanken vollkommen im Recht ist. Die Lage Deutschlands und das Interesse des deutschen Volks gestatten nicht, den Gedanken an die Deutschen Südtirols zum Maßstab für die Politik Deutschlands Italien gegenüber werden zu lassen. Bei dieser Feststellung, sehe ich ganz davon ab, inwieweit bei den verschiedenen Parteien jenes öffentliche Eintreten des Deutschen für Südtirol aufrichtig und inwieweit es Heuchelei ist. — Die Konsequenz eines solchen einseitigen gegen Italien gerichteten Eintretens hat Hitler ebenfalls durchaus richtig gekennzeichnet, indem er sagt: wer so spricht und agitiert, muß als letzte, aber notwendige Konsequenz den Krieg gegen Italien ins Auge fassen. Selbstverständlich stellen jene Seiten solche Absichten entwirrt in Abrede. Sie werden aber dann auf die Gegenfrage nicht antworten können: glaubt Ihr denn, mit eurem Schimpfen gegen Mussolini und sein Italien erwirken zu können, daß er die Deutschen Südtirols besser behandelt? Nur Entrüstung zum Ausdruck zu bringen, nur zu heulen, das war das wirksame Mittel Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens vor dem Kriege. Aber wie anders lagen die Verhältnisse! Wenige Jahre vor dem großen Kriege erklärte die Londoner Westminster-Gazette, das Organ Grens: die elsass-lothringische Frage sei „die brennende Frage von Europa“. Dazu lagen in der Entwicklung Deutschlands, der äußeren wie der inneren, die Reime für die Weltkoalition zu Deutschlands Vernichtung; mit anderen Worten: eine Politik feindseliger Agitation ist zweckvoll und kann deshalb als geboten angesehen werden, wenn sie gegründet ist auf die berechtigte Annahme, daß man so die Befreiung des entrißenen und unterdrückten eigenen Volksteils erfolgreich anbahnen kann. Daß dies auf Italien bezw. Südtirol nicht zutrifft, braucht wahrhaftig nicht ausführlich bewiesen zu werden. Wohl aber liegt auf der Hand, daß enge politische freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Italien wie nichts anderes geeignet wären, das Los der Deutschen Südtirols zu verbessern. Das wiederum trifft nach anderen Seiten durchaus zu. A. B. Polen und der Tschecho-Slowakei gegenüber. Diese beiden Länder, vor allem Polen sind Todfeinde Deutschlands und des Deutschen und nichts kann sie veranlassen, ihre Ausrottungspolitik gegen die in ihren Grenzen befindlichen Deutschen und deren Deutschstum auch nur im mindesten zu ändern. Auch diese Tatsache ist klar und einfach begründet und liegt vor aller Augen. Und doch sind unter Vortritt der Regierung beinahe alle Parteien in Deutschland sich einig im schmachlichsten Nachlaufen hinter Polen und auch der Tschecho-Slowakei. Schon über die zeitweise Einstellung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen entstand in der jüdischen und judaischen Presse so lange ein entrüstetes Wehklagen, bis die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden. Gewiß auch Polen gegenüber, nicht zu reden von Elsaß-Lothringen, kann man nicht mit dem Kopf durch die Wand, aber wie gesagt, diese Länder sind Todfeinde Deutschlands, um so ausgesprochenere, je mächtiger Deutschland ist. Italien aber ist kein Todfeind Deutschlands. Sogar das jüdisch freimaurerische Italien von 1914 würde nicht das Schwert gegen Deutschland gezogen haben, wenn nicht Oesterreich-Ungarn da und der Bundesgenosse Deutschlands gewesen wäre. Die geographische Beziehung zwischen Deutschland und Italien, und damit das geopolitische Moment ist eben eine dauernde und mit geringen Schwankungen wertbeständige Größe. Mussolini und seine Leute verkennen diese Tatsache nicht, sie wissen auch, daß das deutsch-italienische Bündnis Bismarcks zu einem sehr wesentlichen Teil auf einer Lage beruhte, die auch heute besteht, nämlich in der französischen Gefahr, unter der Deutschland ebenfalls steht. Dazu kommen mannigfache gemeinsame Festlandinteressen politischer und wirtschaftlicher Art der beiden Mächte. Diese Gemeinsamkeit ist um so größer, je stärker Deutschland ist. Italien hat mit ihm an Schwächung und Schwächhaltung Deutschlands durchaus kein Interesse, wenn sich die deutsche Politik nicht direkt oder indirekt allein oder im Gefolge anderer Mächte gegen Italien richtet. Es ist selbstverständlich, daß jeder Leiter der italienischen Politik dafür eine gewisse Sicherheit haben muß, bevor er deutsche Bestrebungen fördert oder gewähren läßt, die darauf abzielen, aus einer Ohnmacht wieder eine Macht zu werden. Umgekehrt hätte ein richtig geleitetes Deutschland ungemein positives Interesse an einem mächtigen und starken Italien. Abgesehen von allem anderen muß uns jedes Gegengewicht gegen die französische Macht und Gegenmacht in Europa willkommen, ja dringend wünschenswert sein. Mit zwangsläufigem Eintritt eines italienisch-französischen Krieges in abseh-

barer Zeit zu rechnen, wäre jedoch unrichtig. Dieser Krieg ist seit vielen Jahrzehnten immer von Zeit zu Zeit als Horizonterscheinung sichtbar geworden, aber nie eingetreten. Möglich, daß er schließlich einmal kommt, aber mit ihm zu rechnen und auf diese Rechnung eine deutsche Politik bauen, würde ein Fehler sein. Selbst wenn wir diesen Punkt ausschalten, steht fest, daß Deutschland aller Grund hat, seine Beziehungen zu Italien zu pflegen und zu entwickeln, sofern nicht dadurch wichtigere deutsche Interessen benachteiligt werden sollten. Das ist zweifellos nicht der Fall. Natürlich, in das Schema: Europa unter Frankreichs Führung bei freiwilliger deutscher Unterordnung — paßt eine solche deutsch-italienische Politik nicht hinein.

Im „Reichswart“ ist außenpolitisch im allgemeinen der Standpunkt vertreten worden, daß das Nachkriegs-Deutschland ohne Bedenken nach der einen oder der anderen Seite Weistand und Mitwirken für eine auf Befreiung gerichtete deutsche Politik suchen solle, je nach den Umständen, nach der Konjunktur. Ob Italien praktisch und in absehbarer Zeit hierfür in Betracht kommt, wissen wir nicht. Dafür wissen wir genau, daß es eine große Torheit wäre, sich die Wege, die von hier nach dort und umgekehrt führen, durch eine Politik zu verbauen, die ganz bestimmt nur zum Schaden, und in nichts zum Nutzen sein kann.

Unsere Volksgenossen in Südtirol müßten verstehen, daß Deutschland kein Mittel hat, um im Bösen von Italien etwas zu ihren Gunsten zu erreichen, zu erzwängen. Im Gegenteil, je schlechter das deutsch-italienische Verhältnis ist, desto schlechter wird es den Deutschen Südtirols gehen. Ebenso sicher ist, daß bei guten deutsch-italienischen Beziehungen, eine Möglichkeit zur Besserung des Loses unserer Volksgenossen besteht. Und so schwer es ankommt, muß gesagt werden, daß ohne eine solche Aussicht die großen außenpolitischen Gesichtspunkte für Deutschland den Vorrang haben müßten. Das sagen wir offen, und Hitler hat mit seiner Offenheit ebenfalls nur seine deutsche Pflicht getan, außerdem die Lage sachlich richtig bezeichnet.

Don Genf zu Genf.

(Eine Kette demwürdiger Merkwürdigkeiten.)

Von Karl H. W. Wittig.

Als man letzten Herbst in Genf auseinanderging, gab man allseitig der Hoffnung Ausdruck, daß in der Frage der unterdrückten gebliebenen beiden Restpunkte der Entwaffnungsfrage bis zum 31. 1. 27. dem Termin für die Aufhebung der interalliierten Militärkontrollen, ebenfalls eine Einigung erzielt werde! Tatsächlich erfolgte auch an diesem Tage der Abschluß der diesbezüglichen Verhandlungen. Die Einigung, welche zwischen dem interalliierten Militärkomitee, der Völkerbundskonferenz und den deutschen Vertretern, General v. Fawcett und Legationsrat Forster, in Paris erzielt wurde, bedeutete eine erneute schwere außen-, militär- und wirtschaftspolitische Niederlage Deutschlands! Das Abkommen selbst umfaßt ein interalliiertes Dekret in der Frage der Offensivungen wie eine deutscherseits abgegebene Verpflichtung zur Einstellung der Fabrikation und Ausfuhr einer Reihe Fertig- und Halbfabrikate gemäß einer vom französischen Generalkommando herausgegebenen Liste! Parallel zur Veröffentlichung der Restpunktabmachungen erfolgte ein Hinweis Dr. Stresemanns darauf, daß nunmehr die Rheinlandräumung in greifbarster Nähe gerückt sei, deren Frage seinerseits auf der

kommenden Frühjahrstagung des Völkerbundesrat bestimmt und mit allem Nachdruck angeknüpft werden würde! — Zunächst die interessante Feststellung, daß die eigentliche Einigung über die Restpunkte bereits auf der Genfer Herbsttagung zwischen Briand und Dr. Stresemann erzielt wurde, bei der u. a. seitens des deutschen Außenministers die Verpflichtung übernommen worden war, der Herstellung und Ausfuhr bestimmter Halbfabrikate, u. a. auch Stahlrohr und optische Instrumente, sofort zu unterbinden! Dies hinderte Herrn Dr. Stresemann jedoch keinesfalls, eine hierüber in der Tagespresse erfolgte Veröffentlichung meinerseits vom 18. 12. d. Jhrs. mit aller Schärfe zu dementieren und als vollkommen unwahr hinzustellen. Der deutsche Außenminister übertrat sich in dieser Hinsicht sogar noch, indem er bei einem Mitte Januar stattgefundenen Empfang einer Reihe führender Industrieller, die ihm ihre Bedenken wegen der „geplanten“ Stilllegungen verschiedener Fabrikationen mitteilten, nachdrücklich erklärte, daß von einer Stilllegung überhaupt nicht die Rede sein könne! Und dies, nachdem, was diesen Punkt anbetraf, zwischen Briand und ihm alles im reifen war! — Und nun zur Rheinlandräumung! Am 31. Januar hatte der deutsche Außenminister die deutsche Öffentlichkeit mit seiner Eröffnung über das Nähergerückte der Rheinlandräumung geradezu wild gemacht; während in einer Sitzung des französischen Kabinetts vom 27. Januar nach einem Referat des Marschalls Joch der Beschluß gefaßt worden war, die Räumung der letzten Besatzungszone erst nach Fertigstellung der neu projektierten französischen Defensivstellung (1933) vorzunehmen! Dieser Kabinettsbeschluß war dem Auswärtigen Amt durch den Botschafter v. Hoersch bereits am 28. Januar nachweisbar zugestellt worden! Als Herr Dr. Stresemann zur diesjährigen Frühjahrstagung des Völkerbundesrat fuhr, wußte er, daß es nach Lage der Dinge vollkommen überflüssig war, die Frage der Rheinlandräumung aufzuwerfen, und er hat auch während der ganzen Genfer Verhandlungen nicht im entferntesten daran gedacht, die Angelegenheit anzuhängen! — Es war nichts weiter als ein triviales Spiel mit dem Heiligsten der Volkstreu, die der „Feind im Land“ bis zur Verzweiflung getrieben hatte, und diese ungeheure Vorpiegelung falscher Tatsachen nur, um die Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage etwas schmachhafter zu machen; allerdings fehlte außenpolitische Methoden! —

Was sonst noch auf der letzten Genfer Tagung vor sich ging, wozu besonders die eigenmächtige Aufgabe des Reichsstandpunktes in der Saarfrage seitens des deutschen Außenministers zu erwähnen ist, steht noch in zu guter Erinnerung des Lesers aus der Tagespresse, auch sind die dazugehörigen Einzelheiten bereits von Graf Reventlow erschöpfend behandelt worden!

Trotz allem hat der deutsche Außenminister dank der Hilfeleistung der Deutschnationalen Volkspartei bei der außenpolitischen Aussprache des Reichstags einen letzten Stand gehalten. Es wurde zwar an seinem Verhalten scharfe Kritik geübt, aber es waren auf der ganzen Linie Scheinkritiken! Stellen wir fest, daß das Reichskabinet das Genfer Dekret einstimmig, also mit den Stimmen der deutschnationalen Minister angenommen hat; stellen wir weiter fest, daß sich Reichstagsfraktion und Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei vor der entfallenden Kabinettsitzung mit der Haltung ihrer Kabinettsmitglieder einverstanden erklärt hatten, so genügt dies vollkommen, zur Feststellung des Tatbestandes einer Handlungsweise, die wir schon seit längerer Zeit mit „Pseudonationalismus“ zu bezeichnen pflegen, während sie prominente deutschnationale Führer „positive Mitarbeit am Staat“ nennen, eine positive Mitarbeit allerdings, auf deren Staatsfeindlichkeit und Schädlichkeit an dieser Stelle kaum mehr hingewiesen zu werden braucht!

Theodor Fritsch und der Warburg-Prozess.

Von Dr. Franz Haifer (Scheibbs, Oester.).

Der Warburg-Prozess unseres Altmeisters Th. Fritsch bietet ein klassisches Beispiel dafür, daß der modern-demokratische Staat vor dem Anterort steht. Fritsch sagt in einem Rundschreiben: „Die Zweifelsartigkeit des Volkes Juda bedeutet die Vernichtung jeder politischen, rechtlichen und sittlichen Moral.“

Ich bin nun bekümmert der Ansicht, daß unsere politische, rechtliche und sittliche Moral schon vor dem entartenden Einfluß des Judentums sich auf Zerwegen befindet und unfähig war, den Bestand des Staates genügend zu sichern. Das Judentum ist gleichsam nur ein drohender Lausprecher, ein Verstärker, der mit Fanfarengeschmei der ganzen Welt verkündet, daß wir mit unserer heutigen Demokratie auf den Hund kommen müssen. Selbst verwirrte Demokraten, die für jede andere Weltanschauung stottern sind und hartgesottene liberale Dickköpfe müssen schließlich das Gepolter, den Trommelwirbel und die drastischen Schalleffekte hören, die das immer mehr entartende Judentum auf der ganzen Welt hervorruft.

Unsere moderne Staatsmoral ist überall auf einem Irrweg. Die politische Moral ist demokratisch, und zwar in Form einer Demokratie, die es noch nie gegeben hat seit die Welt besteht, denn selbst bei den verrufensten Demokratien früherer Zeiten war der Großteil des Volkes von der Politik ausgeschlossen. Man begnügte sich mit den Stimmen der Freigeborenen (Athen) oder einer oligarchisch herrschenden Bürgerschaft (Amerika, England, Schweiz), man verließ das Bürgerrecht nur in den seltensten Ausnahmefällen Fremden. Nun kam aber die Zeit des allgemeinen Wahlrechtes, und da eine Masse bekanntlich nicht herrschen kann, so bemüht sich das Herrschende und inwieweit freigesetzte Judentum der Herrschaft und bildet heute eine internationale Weltoligarchie. Der Volkswille beharrt aber auf dem Grundsatz, daß das Volk als Gesamtheit über sein Schicksal bestimmen soll, folglich ist auf dem jetzigen Wege weder der Staat zu retten noch die Judenfrage auch nur annähernd zu lösen.

Unsere rechtliche Moral befindet sich auf einem Irrwege, denn unser Recht bindet den Richter streng an den Buchstaben des Gesetzes. Bekanntlich gibt es aber kein Gesetz, das nicht durch Winkelzüge umgangen werden könnte, ein Gesetz für alle Fälle ist undenkbar. In früheren Zeiten trug man diesem Umstand Rechnung, da hatte die Staatsgewalt, also ein Senat, Selbstherrlicher, Diktator absolut regierender König, eine adelige oder bürgerliche Oligarchie usw. die Macht, dem Richter zu befehlen, sich in gewissen Fällen nicht an den Buchstaben, sondern an die Moral des Gesetzes, die nicht in einzelnen Paragraphen, sondern in ihrer Gesamtheit zum Ausdruck kommt, zu halten, das Gesetz mit einem Worte nicht abzuwickeln, sondern subjektiv zu handhaben. Ein Gesetz, das sich als unbrauchbar erwies und dem Wandel der Zeiten nicht mehr Rechnung trug, wurde suspendiert oder ganz verworfen, und zwar kurzweg in Form eines Erlasses. Das moderne Gesetz

aber ist ein Machwerk einer Reihe von Linksrevolutionen, auf Massengeschmack und Subalternisation zugeschnitten und außerdem in seiner Objektivität und Unantastbarkeit starr wie ein selbsterfülltes Drahtgitter, das sich nicht rührt, wenn auch die Fische zu Tausenden durch seine Maschen schlüpfen. Die rechtliche Moral der Gegenwart beharrt aber auf der Ansicht, daß das Gesetz unantastbar sei, alle Rechte des „konstitutionellen Staates“ mit seiner Repräsentativverfassung gleichsam in den Stricken geschriebenen Fäden und daher als Offenbarungen einer demokratischen Gottheit aufzufassen seien und würde sich mit selbstlichem Haß gegen jede Macht wenden, die in kritischen Fällen nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern nach Vernunft und staatsbiologischem Gewissen urteilt, mit einem Worte Volks- und Staatswohl höher achtet, als die himmlische Prinzipienreiterei einiger gelehrter Querköpfe und Menschenrechts-Idealisten. Korruption und Judenfrage sind daher mit unserer heutigen rechtlichen Moral nicht zu lösen.

Unsere sittliche Moral befindet sich auf einem Irrwege, weil sie eine spezifisch christliche, also weltfremde ist. Die reine christliche Weltanschauung ist ein Ideal, das den Gegensatz der natürlichen, biologischen darstellt. Christentum wie Buddhismus leiten ihre Forderungen von einem Zustand der zeitlosen Einheit, also Gegensatzlosigkeit ab, während das natürliche Geschehen und Werden auf ewig erneuertem Gegensatz und Streit, also dem Zustand zeitlicher Vielheit beruht. Der Buddhismus geht dabei insofern logischer vor, als er den Zustand der Vielheit überhaupt ablehnt und die Erlösung in ihrer Vernichtung erblickt, während das Christentum beide Zustände als gottgewollt hinstellt und daher in Konflikt mit zwei Gewissensarten, dem göttlichen und dem natürlichen Gewissen gerät. Das hat aber bereits Christus selbst erkannt, indem er sagte: mein Reich ist nicht von dieser Welt! — Ein Reich des Gottes Christus ist denkbar und als Erlösung vom irdischen Leben zu ersehnen und zu hoffen, ein Reich des „guten Menschen“ Christus hingegen ist undurchführbar, weil es mit der Natur im Widerspruch steht. Ein „Reich Christi auf Erden“ müßte entweder die Natur töten oder es schließe alsbald in Heuchelei ein, in jenen Zustand, der heute tatsächlich zwischen den Völkern des Abendlandes besteht. Man führt das Christentum nur im Munde, um seine Raubtierinstinkte zu beschönigen. Ein ähnlicher Spannungszustand besteht aber auch zwischen Juden und Arieren, denn die Juden sind zwar heute äußerlich Staatsbürger, aber eine völlig artfremde Rasse läßt sich bekanntlich nicht einbürgern und bildet stets einen Staat im Staate. Zwischen einander gleichgestellten Staaten muß aber biologischer Gegensatz gemäß stets früher oder später ein Kampf um die Vorherrschaft entbrennen, und die Juden führen diesen Kampf mit ihrer ganz unchristlich und altertümlich gebliebenen Rücksichtslosigkeit, während dem Arier sein christliches Gewissen hemmend in den Weg tritt. Denn während die jüdische Weltanschauung bei den großen Kriegen zwischen den arischen Völkern,

die es inszeniert und finanziert, die christliche Moral in den Hintergrund zu rücken verheißt, schiebt sie bei der Gefahr eines Bürgerkrieges, der sich gegen die Juden wendet, gerade die christliche Moral ganz in den Vordergrund. Das heißt aber nichts anderes, als einem Gegner zuzumuten, er soll Waffen und Panzer ablegen und seinem Todfeind unbewaffnet entgegenzutreten, denn während der Jude bei dem Ringkampf mit dem Arizer alle nur denkbaren Griffe und Kniffe anwendet, soll sich der Arizer an hundert christliche Sportregeln halten. Das Christentum wird somit unbewußt der mächtigste Bundesgenosse des Juden, mit einem Worte eine in der Transzendenz begründete und verankerte Judenbeschützertruppe. Dieser Zustand wird von Jahrhundert zu Jahrhundert unerträglich, denn während das mittelalterliche Christentum hauptsächlich das göttliche Reich Christi betonte, das Hauptgewicht somit auf den Himmel verlegte und die irdischen Streitfragen noch immer auf Grund des biologisch-natürlichen Gewissens, also heidnisch-altentümlich entschied, verlegt der moderne Mensch, dem Gottes- und Jenseitsglauben entschwunden sind, das Reich Christi, eines „guten Menschen“, ganz auf die Erde. Der Gattungsegoismus, der Streit der Völker und Staaten ist aber biologischen Gesetzen gemäß nicht aus der Welt zu schaffen und hängt mit dem Leben der Natur innig zusammen. Beim Juden kommt der Gattungsegoismus ungehemmt zum Durchbruch, ja er wird sogar noch durch ein Pflichtgebot seiner Religion darin bestärkt, der Christ hingegen soll Nächstenliebe üben. Nächstenliebe übt freilich auch der Jude, aber unter dem „Nächsten“ versteht er nur den Arizer, also seinen Rassenossen, nicht den Arizerfremden, den Christen. Und das ist auch biologische Denkungsart. Innerhalb der Gattung herrscht Friede, nach außen der ewige Streit um die Vorherrschaft, der Sieg ist die göttliche Entscheidung, wer Herr und wer Knecht sein muß. Das ist biologische Denkungsart, und auch unsere germanischen Vorfahren dachten nicht anders. Der Jude ist somit biologisch im Rechte, wenn er uns angreift. Unser natürliches Recht hingegen, ja sogar unsere heiligste Pflicht ist es, den Angriff nicht nur abzuwehren, sondern selbst zum Angriff überzugehen, denn zu einem geordneten Staatswesen gehört der innere Friede, und der wird nie durch Gleichstellung erreicht, sondern durch Sieg oder Niederlage erzwungen. Der Jude soll sich uns auf freiem Felde mit dem Schwerte in der Hand stellen, damit wir diese Entscheidung erzwungen können, denn auf andere Kampfarten lassen wir uns nicht mehr ein, wir kennen schon seine Machinationen, nur die Geldkünstler zu Herren und alle Geldtölpel zu Knechten zu machen. Mit unseren arischen Nachbarn kämpfen wir auch nicht immer nur mit Banknotenspapier, also mit „geistigen Waffen“, wie es der Jude so hübsch auszudrücken versteht, da kommt es gelegentlich zu äußerst blutigen Entscheidungen, weshalb sollte ausgerechnet der Jude von dieser Kampfart verschont bleiben. Der Jude ahnt auch, daß es einmal so kommen wird, deshalb umgibt er sich bei Zeiten mit toten Schutzhunden.

Aber alle roten Garden bieten dem Juden keinen so sicheren Schutz wie das heutige sittliche Gewissen der Arizer, das sich auf einem Irwege befindet und nicht einsehen will, daß man gegen Naturkräfte, und auch der Jude stellt eine solche Kraft dar, mit christlicher Liebe nicht antommen kann. Gewalt kann nur durch Gewalt überwältigt werden, sagten Römer, Griechen und Germanen.

Der Warburg-Prozess ist ein Drama, das die Gegensätze zwischen unbiologischer und biologisch-völkischer Weltanschauung klar aufzeigt, und der Held und Märitzer dieses Dramas ist Th. Frisch. Meine hier dargelegten Gedanken sind nur ein Auszug aus meinen Vorträgen: „Judenfrage, Christentum und Herrenmoral“ und „Die Biologie des Staates“, die im Laufe des Jahres bei Lehmann-München erscheinen dürften.

Die „Grüne Post“.

Potsdam, den 12. April 1927.

An die

„Grüne Post“
Verlag Ullstein

Berlin.

Als Sie mich feinerzeit um eine Meßurung in der „Grünen Post“ über die Formen des politischen Kampfes baten, ließ ich mich unter den folgenden Bedingungen dazu bereitfinden: daß Sie kein Bild von mir brächten, daß auch keine Beschaffenheit, daß Sie meine Ausführungen in nichts kürzten oder veränderten, daß Sie mir vor Drucklegung einen Korrekturabzug zustellten. Sie haben in allen diesen Punkten Ihrer ausdrücklichen Versicherung zuwidergehandelt. Als ich auf Ihre wiederholte Bitte unter den genannten Bedingungen zugabte, habe ich natürlich von vornherein Zweifel in die Zuverlässigkeit Ihrer Versprechen gesetzt. Weil diese Verpflichtung von Ihnen aber so ausdrücklich, zugleich mit der so dringenden Bitte eingegangen wurde, war mir das Experiment interessant genug. Wie es auch ausließ, würde mir das Ergebnis von Wert sein. Ich verfehle deshalb nicht, Ihnen gegenüber mit besonderem Vergnügen festzustellen, daß Ihr Verhalten jedes journalistischen und sonstigen Anstandes entbehrt, echt jüdisch ist. Gleichzeitig strafte Sie damit Ihre Erklärung von vornherein Lügen: in der „Grünen Post“ könne „Alles“ gesagt werden.

Das vorstehende Schreiben richtete ich an die „Grüne Post“ des Verlages Ullstein. Die Leser des „Reichsworts“ werden ein Gefühl der Verwunderung über diese Beziehung zunächst nicht unterdrücken können. Auf die erste Bitte zu einer solchen kurzen Meßurung, zu der auch Angehörige der anderen Parteien aufgefordert worden seien, beschränkt ich mich im Reichstage zunächst mit den anwesenden Parteigenossen. Wir waren der Meinung, daß man auch auf die Möglichkeit hin, daß das Blatt seine Verpflichtungen nicht innehielt, den Anlaß benutzen sollte, um unsere Kampfparole wenigstens andeutungsweise in Kreise zu bringen, welche sie sonst nicht erfahren: So schrieb ich u. a.: „... wird Deutschland immer ausschließlicher in das Zeichen des Kampfes treten, nicht so sehr des Kampfes der politischen Parteien, sondern desjenigen der deutschen Neugeburt. Die antikapitalistische, nationalsozialistische Parole, vor allem auch die des Kampfes als eines Kulturkampfes wird mehr und mehr in den Mittelpunkt aller öffentlichen Fragen und bis zu einem gewissen Grade auch des gesellschaftlichen Lebens treten. Ich bin der Überzeugung, daß dieser Kampf, wie lange er auch dauern mag, ein Kampf ums Ganze für beide Seiten sein wird.“ — Diesen Satz hat das Blatt auch abgedruckt. Mehrere hunderttausend Menschen werden damit vor einem Ausblick gestellt, der ihnen neu ist und ihnen zu denken geben muß und der ihnen gerade von der jüdischen Seite sonst sorgfältig verschleiert wird. Ich hatte im übrigen, um zu zeigen, daß Höflichkeit in Form für den Kampf nicht hinderlich ist, auf die bekannte Meßurung Bismarcks an einen gegnerischen politischen Abgeordneten erinnert: „Höflichkeit ist bis zur letzten

Galgenprozesse, aber gehängt wird.“ Dem jüdischen Blatt mag hierbei unbewußt zumute geworden sein, diesen Satz hat es weggelassen. Ebenso ist weggelassen worden mein Hinweis, daß ich vor nicht langer Zeit einem Wühler — es war der Herr Dr. Stresemann — gesagt habe: „Herr Minister, es ist mir immer interessant zu sehen: wenn Sie in Erregung geraten, so fällt aller Firnis von Ihnen ab!“ Auch andere Einzelheiten hat das Blatt ausgelassen. Das ist für meinen Zweck bei der Veröffentlichung einerseits nebenächlich, auf der anderen Seite aber wertvoll zur Kennzeichnung des jüdischen Organs, das behauptet hatte, man könne in ihm bei Höflicher Form „Alles sagen“. So war es mir ein besonderes Vergnügen, den obigen Brief an das Blatt zu richten.

Merkenschlager, Günther und die deutsche Jugend.

Von Dr. rer. nat. Kurt Holler.

Das „Echo der Günther'schen Rassenkunde“ beginnt nun aus ganz Deutschland laut zu werden und so viele übertragende Führer und tüchtige Männer und Frauen sich für dieses Buch ausgesprochen haben, sovieler Geister hat es andererseits in Aufnahme verfehlt. Das war zu erwarten. Ich will hier nicht auf die einzelnen Schriften, Vorträge und Abhandlungen eingehen, in welchen Günthers Gegner die Wirkung der Günther'schen Rassenkunde zu bekämpfen suchen. In einem sind sie sich fast alle einig: sie behaupten, das Güntherbuch trage mit seiner „Verherrlichung der Nordrasse“ einen „Riß in das deutsche Volk“. Am lautesten schreiben natürlich wieder diejenigen Kreise, welche den Wert einer bemußten Rassenpolitik seit Jahrhunderten klar erkannt haben und deren Einer das bekanntste und viel zitierte Wort: „Die Rassenfrage ist der Schlüssel zur Weltgeschichte“ aussprach. Uns wundert das nicht. Sie wissen, was sie damit bezwecken — wir auch. Unter den Angriffen, die jetzt plötzlich so wohlorganisiert und einheitlich in allen Ecken Deutschlands einlegen, ragt einer besonders hervor: Herr Dr. Fritz Merkenschlager, Privatdozent der Universität Kiel schrieb eine Broschüre „Götter, Helden und Günther, eine Abwehr der Günther'schen Rassenkunde“ (erschienen bei Lorenz Spindler, Nürnberg). Dieser Angriff ragt allerdings hervor, aber nicht etwa weil er besonders schwerwiegende Einwände, besonders tiefgründige Untersuchungen und Überlegungen bringt, sondern weil er in einem so wüsten Schimpfton vorgetragen wird, daß er überall angeprangert werden sollte. Es ist lehrreich: Der Biologe und Sachmann Merkenschlager findet an dem Wert des „Dilettanten“ und „Rasselliteraten“ Günther nichts, woran er sachliche und wissenschaftliche Kritik üben könnte; darauf geht der Sachmann Merkenschlager unter die Literaten und schreibt eine Heftschrift gegen den Wissenschaftler Günther! Jawohl, eine Heftschrift, ein Pamphlet — etwas anderes ist es nicht geworden. Ein Gemisch von Sentimentalität und einem sich jämlich steigenden Haß. Ein Schimpfwörterlexikon: Seitenlang geht es „Schändung“, „Marktchreierisches Geseß“, „Mähchen“, „Lächerlichkeiten“, „Riß“, „Bemälermethoden“, „Großschänzig“, „Bärde mit Bleichschwert“, „infantil“ usw. Wer einmal einen Beitrag zur Seelenkunde der Straße und der Nordrasse lesen will, der die eindringlichsten Vorstellungen des bekannten Rassenpsychologen Dr. Claus in den Schatten stellt, der lese die Schrift von Dr. Merkenschlager und „Der Nordische Gedanke“ von Dr. Günther hintereinander. Beides sind Kampfschriften — eine im ostischen und eine im nordischen Stil verfaßt. Die Wirkung kann nicht ausbleiben. Wir suchen bei Merkenschlager das Positive: Alle Kultur sei Rassenmischung. (Das ist eine alte Behauptung, die durch die Beharrlichkeit ihrer Wiederholung nicht wahrer wird). Herz und Hirn der Menschheit verlegt er mit Romain Rolland in die Straße und behauptet, sie sei im Begriffe, die kulturelle Führung in Europa der Nordrasse aus der Hand zu nehmen. Ja, das behaupten wir, ja auch — siehe „Auflösung“ aller Form in der Kunst durch den Expressionismus in der Malerei und Dichtung, durch die „Neutöner“ in der Musik. Daß daran die Vorderasiaten mitwirken, ist unbekannt. M. fühlt sich offenbar als „Günther“ der Straße oder zum mindesten als Johannes, der ihm den Weg bereitet. Er „verteidigt“ die Straße mit ziemlicher Lungenkraft. Nirgends sei die Zote seltener als bei den ostischen Franken schreibt er u. a.: Ich bin Moselstraßen — und die Moselstraßen sind natürlich nur wenig anders zusammengesetzt als die bayrischen Franken; bei den Unterfranken in Bayern bin ich lange Zeit gewesen. Das, was Herr Merkenschlager von ihnen sagt, stimmt nicht. Ich liebe meine Heimat nicht weniger als Herr Merkenschlager die Seine. Ich glaube auch, daß die Straße von manchen Forschern zu ungünstig beurteilt wird. Aber das, was Herr Merkenschlager mit Pathos vorträgt, ist eine „Verherrlichung“ der Straße, mehr nicht. Daß ihm dabei zahlreiche Widersprüche passieren, ist nicht verwunderlich; so, wenn er erst behauptet: dem Nimenken sei nichts eksterregender als die Sprücheweiserei und 5 Minuten später: Freude am Wort und am Wortspiel sei ein durchaus ostischer Zug. Alle möglichen Künstler und Geistesführer werden dann ohne den Schatten eines Beweises der ostischen Rasse zugewiesen und selbst Wolf Hiller muß ein Ostbake werden, damit Herrn Merkenschlagers Hypothesen mehr Stokkraft bekommen. Genuß davon — man wendet sich mit Grauen, wenn man schließlich die Aufforderung liest, Günther „mit Fäusten zu traktieren“.

Seit Godineau und Chambrlain gibt es bei uns in Deutschland eine „nordische Bewegung“, wenn auch dieser Name erst seit dem Auftreten Günthers allgemein geworden ist. Daß sich hinter dieser Bewegung anfänglich viel phantastische, aber ungefähliche Germanenschwärmerei und Blondenverhimmelung verbarg, weiß jeder, der sie kennt. Gefährlich wurde die Sache erst, als diese unliebsamen Begleiterscheinungen naher von Schwägern in alle Welt hinausgetragen und — mit allem möglichen mystisch-mythischen Zauber umkleidet — als neue, große, auf „intuitionen“ Wege gewonnenen Erkenntnisse verkündet wurden. Denn das Schade der „nordischen Bewegung“ bei allen den Kreisen, welche Wesen und Schein zu unterscheiden vermögen sehr. Die'se Unterscheidungsvermögen, welches Bagarre als „wahre Bildung“ bezeichnet, fehlt leider diesen schwärmerischen Kreisen völlig; sie haben es dadurch erreicht, daß das Wort „arisch“ einen unerträglich faden Beizeckmad bekommen hat. Schwärmerien dieser Art hat Günther von jeher entliehen bekämpft; in sehr eindringlicher Weise in dem Buche „Der nordische Gedanke unter den Deutschen“ (welches wie alle seine Werke bei J. F. Lehmann, München, erschien). Wenn ein Merkenschlager ihn mit solchen Deuten in einem Lofz wirft, so ist das entschieden böser Wille. Gerade Günther verdankt es die „nordische Bewegung“, daß die Germanenschwärmerei einer vernünftigen und nüchternen Auffassung der Sache gewichen ist.

Die deutsche Jugendbewegung hat sich in ihrer Entstehungszeit wenig mit Rassenfragen beschäftigt. Später, als die Gegen-

läge „völkisch“ — „international“ unter den Aestern in der Bewegung nicht mehr zu überbrücken waren und zur Trennung der Geister in Jungdeutsche und Freideutsche führte, wurde das anders. Damals bestand die große Gefahr, daß in der gesamten völkischen Jugendbewegung die „Germanenschwärmerei“, von denen oben die Rede war, obliegen würden. Es war Günthers besonderes Verdienst, hier eine entscheidende Wandlung durchgeführt zu haben. Kein Buch hatte noch auf die völkische Jugendbewegung einen so nachhaltigen Einfluß ausgeübt, wie das seine. Die Gedanken der staatlichen und persönlichen Rassenhygiene, vorher nur wenigen geläufig, wurden jetzt Gemeingut. Ehe und Gattenwahl — sie bekamen einen neuen, tieferen Sinn. Das Nießgewort von der „Sinaupflanzung“ — jetzt erst wurde es voll erfährt. Und der Gedanke der „Völksgemeinschaft“, der uns als höchstes Ziel vorschwebte, bekam nun endlich eine feste Form. Wilhelm Rohde von den „Adlern und Falken“ sprach es aus, daß „Völksgemeinschaft Blutsgemeinschaft und anders unmöglich“ sei. Und wiederum war es Günther, welcher uns lehrte: Das einzige Bluterbe, welches allen deutschen Stämmen gemeinsam ist, ist das „nordische“. Ganz abgesehen von aller Wertung haben wir in der nordischen Rasse schon darum Hochziel, weil sie allein uns die Möglichkeit gab, ohne Ausschließung irgendeines Stammes durch Blutsgemeinschaft zur Völksgemeinschaft zu kommen. Die Liebe zu unserem Volkstum, die Sorge um seine Zukunft war es, welche die völkische Jugend zu so begeisteter Aufnahme der Günther'schen Lehren veranlaßte. Noch niemand hatte in so klarer und gleichzeitig unvoreingenommener Weise die Ursachen unseres völkischen Niederganges aufgedeckt wie er. Die Jugendbewegung hatte bis zu dieser Stunde die Symptome des Niederganges bekämpft — jetzt endlich erkannte sie den Krankheitsherd und niemand wird sie davon abhalten können, diesem Krankheitsherd zu Leibe zu rücken. Am allerwenigsten Herr Merkenschlager und Konjorten. Nach den Titeln und Ehrenzeichen derjenigen, die sie für dies und jenes zu begeistern oder von diesem und jenem abzubringen suchten, hat sie nie gefragt und Schriften wie Spenglers „Untergang des Abendlandes“ hat sie unbedünnter verbrannt. Merkenschlagers Schrift würde auf den gleichen Scheiterhaufen kommen, auf dem man die Produkte von Courtis-Mahler und anderen Literaten verbrannt hat. Günthers Bücher aber werden ihre „fruchtbare“ Wirkung in der deutschen Jugendbewegung zum Segen unseres Volkes ausüben, wenn das letzte Pfändchen Merkenschlagerischer Heftschriften längst vom Winde verweht ist.

Mecklenburgische Landespolitik

Man schreibt dem „Reichswort“ aus Mecklenburg: Wieder einmal ist der Landtag von Mecklenburg-Schwerin aufgelöst worden. Die Gründe, die zu dieser Auflösung führten, waren in den hauptsächlichsten Punkten folgende: Durch die Wahl vom 6. Juni 1926 war eine sogenannte Linksmehrheit in Mecklenburg-Schwerin zustande gekommen und 2 sozialdemokratische Minister, Schröder und Wsch, führten ein Jahr lang die Hauptgeschmisterien — Landwirtschafts- und Innenministerien. Das Kultusministerium war besetzt von dem demokratischen Oberlehrer Dr. Möller. Die Kommunisten hatten sich anfangs dieser Familie angeschlossen. Nun trat nach wenigen Monaten der Augenblick ein, wo die marxistisch-demokratische Regierung dem mecklenburgischen Volk — auch praktisch etwas zeigen mußte, wie man in einem modernen parlamentarisch-marxistisch-demokratischen Staat für das Volk etwas Nützliches schaffen kann. Die Schröder-Wsch-Regierung trat nun im Landtag mit einem großen Wirtschafts- und Arbeitsprogramm hervor. Zunächst mußte das Volk für diese neue Politik reif gemacht werden, und das tat man dadurch, daß man die vorhergehende deutschnational-volksparteilich-freihheitsparteiliche Regierungslinie als eine katastrophale hinstellte. Der Jude Wsch zog die ja im allgemeinen schon bekannte Tatsache heran, daß sein vorhergehender Ministerkollege Dr. von Dergen (Deutschnat.) es nicht fertig gebracht hätte, für das Land Mecklenburg die auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes mit dem Reich durch den § 35 dieses Gesetzes dem Lande Mecklenburg zuzubehenden jährlichen 4 Millionen Rm. einzufordern. Für die 2 1/2 Jahr Dergenscher Regierung, also 8 Millionen Rm., die rechtlich dem Lande schon zustanden. In den Wirtschaftskrisen, sowie auch bei den Arbeitslosen, löste diese Tatsache eine ungeheure Erregung und Verwirrung aus. Der Herr Wsch aber verstand es, dem mecklenburgischen Volke klar zu machen, daß die Landessteuern unter der vorhergehenden deutschnationalen Regierung der Unfähigkeit des Finanzministers wegen so hoch waren. Nachdem also diese 8 Millionen heringeholt waren, ging nunmehr die Sozialdemokratie zur Offensive über und versprach dem mecklenburgischen Volke eine Steuererleichterung, Aufhebung der Wirtschaft durch Steuererleichterungen, durch Belohnung des Bauhandwerkes, der Straßenbauern, Meliorationen usw. Mit diesen 8 Millionen und den ordentlichen Steuereinkünften des Landes allein war natürlich dieses Programm nicht durchzuführen. Und so forderte denn Herr Wsch, daß in dem diesjährigen Haushaltspläne 13 Millionen aus Anleihe mit in den Etat hineingestellt werden müßten. Außerdem wäre es notwendig, für die in Mecklenburg zu bauenden Wohnungen eine Extra-Anleihe aufzunehmen. Mecklenburg-Schwerin benötigt zur Behebung des Wohnungsleides nach der Auffassung der maßgeblichen Behörden 20 Tausend Wohnungen. Diese sollten auf Grund des sozialdemokratischen Regierungsprogrammes innerhalb von 10 Jahren hergestellt werden. Das wären also jährlich 2000 neue Wohnungen. Die 20 000 Wohnungen kosteten den Gemeinden und dem Lande rund 100 Millionen. Die Mietzinssteuer hätte, wenn sie noch weiter am Leben erhalten wäre, in diesen 10 Jahren 40 Millionen erbracht, die zum Wohnungsbau verwendet werden sollten. Die Schröder-Wsch-Regierung wollte somit in 10 Jahren den noch bestehenden Rest von 100 Millionen, also 60 Millionen durch Anleihe aufnehmen. Das Land Mecklenburg wäre zwar dann im Besitz ausreichender Wohnungen gewesen. Aber es hätte dann für diesen Wohnungsbau 60 Millionen Rm. als ordentliche Schulden gehabt, die es jährlich verzinsen müßte. Hinzu die 13 Millionen, die in diesem Haushaltspläne zur Aufhebung der mecklenburgischen Wirtschaft gefordert wurden. Das sind nun 73 Millionen, mit denen das Land Mecklenburg innerhalb von 10 Jahren befristet wäre. Das Land Mecklenburg hätte jährlich für diese 73 Millionen die Zinsen aufzubringen gehabt. Wenn wir mit allen Untosten nur 7% rechnen, so wären es jährlich 5 Millionen 100 000 Rm. Das kann ein Land wie Mecklenburg weder in der gegenwärtigen noch in der zukünftigen Wirtschaftslage tragen.

Bei der Debatte im Landtage über die im Etat verlangten 13 Millionen zur Aufhebung der Wirtschaft wurde Finanzminister Wsch darauf aufmerksam gemacht, daß er doch diese Summe verzinsen müsse und woher er dann diese Zinsen nehmen sollte. Darauf sagte er wörtlich: „Was macht es, wenn einmal jährlich das Land Mecklenburg 900 000 Rm. als Zinsen zum

Kapital schlagen muß. Diese 900 000 Rm. waren die jährliche Zinsschuld für die geforderte 13 Millionen-Anleihe. Es ist also ganz klar, welcher Katastrophe das mecklenburgische Volk bei einer derartigen Anleihe und Belastung der mecklenburgischen Wirtschaft entgegensehen muß, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Jahre 1928 und 29 die Jahre sind, wo sich die Dawes-Rückzahlung für Deutschland erst brutal auswirkt und dadurch auch das mecklenburgische Wirtschaftsleben stark in Mitleidenchaft gezogen werden wird. Bei der Vorlage dieses Haushaltsplanes und der Forderung der marxistisch-demokratischen Regierung war denn auch keine Mehrheit zu finden und der Haushaltsplan wurde abgelehnt. Die Gründe der Ablehnung durch die einzelnen im Landtag vertretenen Parteien waren zwar nicht in der Hauptsache bedingt durch die Zinsgefahr, sondern wesentlich aus anderen Gründen bestimmt, die im nachfolgenden noch des näheren beleuchtet werden sollen.

Die Kommunisten bekamen Anweisung von Berlin, diese sozialdemokratisch-kapitalistische Regierung nicht zu stützen, da bei der späteren Auswirkung dieser Politik sie sich im Lande Mecklenburg nicht mehr behaupten könnten, denn auf der einen Seite dem Proletariat, Nieder mit dem Kapitalismus und Privatbesitz" zuzurufen und auf der anderen Seite diese Sozialdemokraten und ihre kapitalistische Politik zu unterstützen und somit die Verantwortung mitzubehalten, indem den Kommunisten untragbar, und sie zogen sich auf Grund einer künstlich geschaffenen Situation aus dieser ganzen Sache heraus und verzögerten der Regierung Schröder-Wiß die Gefolgschaft.

Sofort sprangen auf Anweisung von Berlin her die 3 verkappten Demokraten, genannt Wirtschaftspartei, an die Stelle der Kommunisten. Diese Anweisung hatten Herr Drowitz und Dr. Bredt, Führer der Wirtschaftspartei des Mittelstandes im Reichstag, an ihre Mecklenburger Freunde gegeben. Und so bekam nun die Sozialdemokratie für etliche Monate einen neuen Fuß, auf den sie sich stützen konnte. Diese Gruppe der Wirtschaftspartei ging nun eine Zeitlang den bürgerlich-nationalen Parteien zum Trost, mit den Marxisten durch Dick und Dünn. Erst als im Hauptausfluß des Landtags die Beratungen über den diesjährigen Haushaltsplan geführt wurden, worin bekanntlich die oben angeführte 13-Millionen-Anleihe gefordert wurde, fiel die Wirtschaftspartei von den Sozialdemokraten ab und verflagte ihr die Gefolgschaft. Dies geschah natürlich nicht aus eigenem Ermessen der 3 Wirtschaftsparteier im Landtag, sondern infolge des Druckes, den die Wähler der Wirtschaftspartei auf die Reichsleitung ausübten und der sich dann von dort wieder auf die 3 Abgeordneten im Landtag auswirkte. Der Mut zu der Erklärung, daß die den Etat des Herrn Wiß in dieser Form nicht annehmen konnten, erhielten sie durch das Trommelfeuer der Volksnationalen. Der diesjährige Haushaltsetat war somit abzulehnen, und die Regierung erklärte nach parlamentarischen Gebräuchen ihren Rücktritt. Die Kommunisten stellten sofort den Antrag auf Landtagsauflösung. Hätten die nationalen Parteien Flug handeln wollen, dann hätten sie sofort den kommunistischen Auflösungsantrag in irgend einer Form in derselben, oder zu mindestens als 1. in der nächsten Sitzung behandeln und annehmen müssen. Man fing aber jetzt an zu händeln, es wurde Neuwahl eines Ministerpräsidenten angesetzt, und der alte Ministerpräsident Paul Schröder (Sozialdemokrat) sowie der Jude Julius Wiß (Soz.) wurden wiedergewählt, und zwar diesmal wieder mit Hilfe der kommunistischen Stimmen.

Die Kommunisten erklärten, sie seien bereit, eine rein sozialdemokratische Regierung zu wählen, nicht aber einen bürgerlichen Demokraten. Die Kommunisten schlugen daher den Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Herrn Karl Wollmann, als Kultusminister vor. Von Beruf ist Wollmann bekanntlich Tischlergeselle. Die Sozialdemokraten schlugen aber ihren ehemaligen demokratischen Kollegen Dr. Moeller wieder vor. Die Rechtsparteien glaubten nicht, praktische Politik machen zu können, rechneten aber nicht damit, daß mit des Geheimes Mächten kein ewiger Fund zu flechten ist. Sie stellten also den Volksparteier Pastor Stammer als Kultusminister auf. In der Abstimmung erhielt Stammer nur 23, Moeller 23 Stimmen und eine Stimme entfiel auf den Abgeordneten Schade, den Führer der völkischen Fraktion. Das nunmehr gezeigte Los entfiel auf Dr. Moeller.

Schluß folgt.

Aus der Bewegung.

Gau Berlin-Brandenburg

Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Südkönigsstraße 44, 1. Etage.
Sprechstunde: Donnerstags 5-7 Uhr.
Geschäftstunde: Montag bis Freitag von 10 Uhr bis 6 Uhr, Sonnabends von 2-4 Uhr.
Kassenstunden: Montag bis Freitag von 3-6 Uhr nachm., Sonnabends von 2-4 Uhr nachm., außerdem Dienstags und Donnerstags von 10 bis 12 1/2 Uhr vorm.
Geschlossen bleibt die Kasse den letzten und ersten Werktag jedes Monats.
Postfachkonto: Dr. Goebbels, Berlin W. 35, Berlin 67 731.
Sprechstunde des Gauverwalters: Dienstag und Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Die Geschäftsstelle bleibt von Donnerstag mittags, den 14. April bis einschließlich Montag, den 18. April geschlossen. Die Kasse bleibt von einschließlich Donnerstag, den 14. April bis einschließlich Dienstag, den 19. April für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Arbeitsplan:

Mittwoch, 20. April 27: Götters Geburtstagsfeier im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, Redner: Pa. Dr. Goebbels.
Dienstag, 26. April 27: S. U. und S. U. Appell in der Müller-Kasseler, Kaiser-Wilhelmstr., Redner: Pa. Dr. Goebbels.
Sonntag, 1. Mai 27: Große deutliche Matinee. Näheres siehe Kundschreiben.
Mittwoch, 4. Mai 27: Massenversammlung im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, abends 8 Uhr, Redner: Pa. Dr. Goebbels. Thema: Volk in Not? Wer rettet uns? Jaco Goldschmidt!!!
Sonntag, 13. Mai 27: Goulagana Lokal wird bekannt gegeben. Tagesordnung: 11-1 Uhr Mittagspause, 1-2 Uhr Vortrag durch den Redner, 2-3 Uhr Sitzung der Pressekommission, 3-4 Uhr Vortrag durch den Redner, 4-5 Uhr Vortrag durch den Redner, 5-6 Uhr Vortrag durch den Redner, 6-7 Uhr Vortrag durch den Redner, 7-8 Uhr Vortrag durch den Redner.
Dienstag, 17. Mai 27: Freiheitskämpfer, Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, abends 8 Uhr, Redner: Pa. Dr. Goebbels. Thema: Revolution in China.
Mittwoch, 20. Mai 27: Massenversammlung in den Hohenzollern-Hallen, Berliner Straße 165, Redner: Pa. Dr. Goebbels. Thema: China den Chinesen! Deutschland den jüdisch-internationalen Ausbeutern.
Sonntag, 29. Mai 27: S. U. Ausmarsch, Märkte durch S. U. Führung.
Sektion Brandenburg: Dienstag, 19. April 27: Sprechabend im Hotel Müller, Redner: Pa. Studentenförderung.
Sektion Meißel: Mittwoch, 27. April 27: Großer öffentlicher Sprechabend im Hotel Müller, Redner: Pa. Studentenförderung.
Sektion Vorpommern: Freitag, 22. April 27: Sprechabend bei Schwarz, Mühlendammstr. 25-26, Redner: Pa. Studentenförderung.
Sektion Rügen: Freitag, 22. April 27: Sprechabend, Schützenhaus, Schützengasse, Redner: Pa. Studentenförderung.
Sektion Rügen: Freitag, 22. April 27: Mitgliederversammlung in Grafels Gesellschaftsraum, Chausseestraße 94.
Sektion Wismar: Dienstag, 19. April 27: Sprechabend, Historiengarten, Wilhelmstraße 114, blauer Saal, Redner: Dr. Lipert.
Ortsgruppe Brandenburg: Mittwoch, 20. April 27: Götters-Geburtstagsfeier, Hotel Schwan.
Freitag, 22. April 27: Sprechabend im Hotel Schwan, Thema: Weltrevolution, Weltrevolution, Weltrevolution.
Sonntag, 29. April 27: Sprechabend in Wilm.
Ortsgruppe Cottbus: Mittwoch, 20. April 27: Öffentlicher Sprechabend, Redner: Pa. Studentenförderung.
Ortsgruppe Eisenberg: Donnerstag, 21. 4. 27: Götters-Geburtstagsfeier, Schützenhaus, Könnigsallee.
Ortsgruppe Potsdam: Donnerstag, 21. April 27: Massenversammlung, Schützenhaus, Könnigsallee, Redner: Pa. Graf Reventlow.
Sonntag, 24. April 27: Probenschauspiel nach Sarmund.
Donnerstag, 28. April 27: Massenversammlung, Wirtshaus, Sarmund, Redner: Pa. Dr. Goebbels. Thema: Der Weg zur Macht für den Arbeiter der Stadt und der Welt.
Ortsgruppe Wittenberg: Sa. Redner: Donnerstag, 21. April 27: Öffentlicher Sprechabend, Redner: Pa. Studentenförderung.

Berliner Uraufführung zur Götters-Geburtstagsfeier.

Hiermit sei nochdrücklich auf die große öffentliche Veranstaltung des Gaus Gau Berlin-Brandenburg am 20. April, 8 Uhr, im Kriegervereinshaus hingewiesen. Es wird erwartet, daß sämtliche Reichsmitarbeiter und Anhänger baldmöglichst erscheinen. Um unseres Götters-Geburtstags würdig zu feiern, ist eine wertvolle, künstlerische Spielrolle aufgeführt. Einzelheiten von musikalischen Darbietungen ersieht Gauführer Dr. Goebbels des Wort. Dann folgt die Uraufführung eines zeitigen Dramas von Wolfgang Goethe. Der Redner wird der Aufführung persönlich beiwohnen, er ist bereits zu den Proben hier anwesend. Die Aufführung verleiht einen höchst bedeutsamen Abend. Zum ersten Male tritt hier ein junger Dramatiker mit für die nationalsozialistische Idee ein. Die fesselnde Darstellung, die aus seinem Werte spricht, wird eine neue Wertaufwertung. Die gesamte Einleitung, die große Anspannung an Spannung und Darstellung stellt. — es wirken allein 18 Schauspieler und 70 Statisten mit. — liegt in Händen des Spielleiters Robert Rohde.

Ortsgruppe Hamburg

Bezugsgruppe Barmbeck-Winterhude, Donnerstag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, öffentlicher Sprechabend bei Schlichting, Koenigsstr. 11, Redner: Pa. Studentenförderung. Thema: Der nationalsozialistische Staatsgedanke.
Bezugsgruppe St. Georg, Freitag, 20. April, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend im Gesellschaftsraum Bünnig, bei Strohpark 61 für die Mitglieder der Bezirks-Gruppe ist Erscheinen Pflicht, Freunde und Gönner sind einzuladen.

Veranstaltungsbereich:

Die Ortsgruppe Hamburg hatte durch Flugblätter und Plakate an den Anhängern zum Besuch der am 7. April stattfindenden öffentlichen Versammlung mit Graf Reventlow als Referenten, eingeladen. Etwa 1200 Parteimitglieder waren trotz strömenden Regens dem Ruf gefolgt und füllten den Saal der Gesellschaften Marmorall bis auf den letzten Platz. Kommunistische Flugblätter, welche vor Beginn der Versammlung auf der Straße verteilt wurden, mit der Überschrift: Wer ist Graf Reventlow? stellten die verlogene Behauptung auf, daß Graf Reventlow auf seinen Gütern bei Gdenförde keine Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Niederträchtigste auskaufe und daß er ein viel schlimmerer Ausbeuter als die Juden sei. Unter der schallenden Beifall der Versammlung stellte Graf Reventlow, vor Beginn seines Referats mit feinem, trockenem Humor fest, daß er weder bei Gdenförde noch sonstwo auf dem Erdball Güter besäße. Solche müßten schon auf dem Monde liegen, doch hätte er bisher noch keine Gelegenheit gehabt, die Verurteilung oder Herrschaft derselben anzutreten. Nach kurzen Begrüßungsworten unterzog Graf Reventlow, Pa. Dr. Krebs, seinem Bericht. In der amerikanischen, mit klarer, nüchternen Sachlichkeit gehaltenen Rede, wurde er oft von zunehmenden Beifallstößen unterbrochen und zum Schluß mit dem herrlichen Beifall aller Versammlungsteilnehmer bejubelt. Die gänzlich verlaufene Versammlung wurde durch Pa. Dr. Krebs, mit einem Dankeswort an den Referenten und einem betrieblchen Teil auf Wohlwille geschlossen.

Ortsgruppe „Ruhr“

Ortsgruppe Düsseldorf: Montag, 23. April, abends 8 Uhr, spricht hier Pa. Graf Reventlow, Landshut, über das Thema: Wer bricht die Ketten des Weltkapitalismus? Der Kartenverkauf hat bereits begonnen.
Ortsgruppe Mettmann: Freitag, den 22. April, spricht abends 8 Uhr, im großen Saal des Gaubüroaus in Mettmann Pa. Dipl. Ing. Götter, über: „Bankenherren und der Weltkapitalismus“. Untere Pa. haben die Karten für den Kartverkauf sofort abgeholt, und zwar im Anschluß an den Sprechabend.
Samstag, 24. April: Fahrt zum Sonntag nach Essen. Jeder Pa. muß mit. Die genaue Uhrzeit wird noch bekanntgegeben. Für die jüngeren Pa. und Freunde unserer Bewegung, die Samstag noch nicht mit können, fährt Sonntag, 25. April, ein weiterer Wagen nach Essen.
Montag, 25. April: Fahrt nach Düsseldorf. Abfahrt 6 Uhr 52 Min. ab Bahnhof Mettmann.
Ortsgruppe Barmen: Samstag, 18. April findet im alten Kasino eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Beginn 8 1/2 Uhr. Mitgliedsarten und Bücher sind mitzubringen.
Mittwoch, 20. April abends 8 1/2 Uhr findet ein Lichtbildervortrag statt. Jeder Pa. hat die Pflicht, Karten umzusetzen, die in S. U. und Sprechabend an haben sind. Vortragstitel: Kampf und Sieg, a) Aus eigener Zeit drei Bilder, b) 1813 (Frankens Erhebung) 20 Bilder, c) Die Großtaten unserer Arme, 64 Bilder.
Ortsgr. 2. Fren.

Ortsgruppe Bottrop: Sonntag, 17. April (Östern) vormittags 10 Uhr, bei Leubert, Sprechabend. Pa. Stein spricht über: „Wesen des Nationalismus und sein Ziel“. Jeden zweiten Sonntag im Monat ist Mitgliederversammlung, vorm. 10 Uhr bei Leubert, Osterfelder Str. Entschuldigungen gelten nur bei schriftlichem Grund.
Ortsgruppe Sennelager: Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wilhelmstraße 22, hier können Mitgliedsarten und Bücher nach Mündigen abgegeben werden.
Ortsgruppe Gagen: Wir teilen unsere Pa. mit, daß in der Leichalle am 1. April die Reichsausschüsse des „Völkischen Beobachters“ aussteigen.

Ortsgruppe Soest: Mittwoch, 20. April, abends 8 1/2 Uhr, Sprechabend verbunden mit Götters-Geburtstagsfeier bei Kemmer.
Mittwoch, 27. April, S. U. wird bei Pa. Kemmer, Wilmstr. 15, Erscheinen, sämtlicher Pa. ist Pflicht!
Ortsgruppe Bielefeld: Mittwoch, 20. April, abends 8 1/2 Uhr öffentlicher Sprechabend bei Gastwirt W. Höne, Gassenstr. 14, Redner: Bezirksleiter Homann.

Dienstag, 26. April, Sprechabend der Frauenabteilung im Kaffee Rarthe, Sprechabend, Pa. wollen stets Freunde mitbringen.
Ortsgruppe Bad Salzig: Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Zusammenkunft im Hotel „Stadt Bremen“ (Friedrich). Abschließend werden Aufmärsche in die umliegenden Ortschaften gemacht.
Bezirk Lippe: Pa. Stier, Frankfurt, spricht in Schätmer am 26. April, abends 8 Uhr im Dorn.
Bezirk Lippe: Pa. Stier, Frankfurt, spricht am 27. April, abends 8 Uhr im Deutschen Haus.
Ortsgruppe Werl: Sonntag, 30. April, spricht hier Pa. Rosenbaum, Gagen.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenenteil: E. Lang, Berlin, Verlag: „Der Reichswart“, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 11, Fernburger Str. 20. Druck: Neudeutsche Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Bücher von Graf E. Reventlow:

- Monarchie? 1926, Gebf. 2. — geb. M. 3.—
- Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner (1906) — geb. M. 3.—
- Minister Sireseman als Staatsmann u. Urmalt d. Weltgewissens, nur noch geb. M. 2.50
- Völkisch-Kommunistische Einigung? 1924 — Kart. M. 1.20
- Welt, Volk und Ich. 1910. — geb. M. 2.—
- Deutschlands auswärtige Politik von 1888 bis 1914 Ganzlein. M. 10.—
- Politische Vorgeschichte des großen Krieges (nur noch gebf. M. 5.—

Theodor Frisch
„Die Sünden der Großfinanz“
(128 Seiten Oktav)
Mk. 1.60; gebunden Mk. 2.40



VÖLKISCHER BEOBACHTER
Herausgeber
ADOLF HITLER
Zentralorgan der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
Größte antisemitische Tageszeitung
Bezug nur durch die Post
monatlich R.-Mk. 3.25
Probenummern vom Verlag
Frz. Eher Nachf. München NO 2

CIRCUS-BÜSCH
Der neue große Erfolg:
Das gigantischste Manège-
schauspiel aller Zeiten
Ben Hur
8 Akte — 12 Bilder
! Kein Film!
Lebendigste Wirklichkeit
Die Galeeren-Seeschlacht
in der Wasser-Manège
Gladiatoren-Kämpfe!
Römische Reiterkämpfe!
Araberkrieger!
Wagenkämpfe zu Antiochia
Massenankunft Marsch!
2 Musik-Chöre
4 römische Quadrigen
75 Pferde und Kamele
100 Tänzerinnen
300 Mitwirkende
1000 historische Kostüme
Darsteller erster Bühnen
Carl Gerhard-Schröder
Amanda Lindner
Eva Marie Medak
Vollständiges Sommer-
Fest für 1. bis
60 Pl. Gallerie Loge u. 6.
An den 3 Osterfesttagen
nachm. 4 Uhr
30 Pl. Gallerie Loge u. 3.
Verkauf ab 10 Uhr anunterbrochen

Dr. Weiß
Asthma-
Kurhaus
Eln.-Südende.
Erinnerungen einer Respektlosen
Ein Lebensbuch
von Edith Gräfin in Salzburg.
Mit dem neuesten Bilde der Verfasserin.
In Ganzlein gebunden 7,50 Mark.
Der blaue Bücherkurier: Die „Erinnerungen einer Respektlosen“ gehören zu den bedeutendsten Büchern, die uns die letzten Jahre gebracht haben.
„Deutsche Blätter“: „... daß dies eines der besten deutschen Erinnerungsbücher überhaupt ist. Ein Buch, ohne einen toten Punkt, ohne eine langweilige oder bedeutungslose Stelle; ein packendes Kulturbild.“
„Deutsche Zeitung“: Ein wunderbares Buch... das dem Leser nur mit Entzückung lesen kann... das Buch ist mitreißende Geschichte.
„Deutsche Front“: Ein Buch, das man nicht gern verliert, wie der Nachdruck lautet, ein Buch, das man nur mitunterbrechender lesen kann, das einen deutschen Leser verlangt. Einem solchen greift es ans Herz... das sind nicht Erinnerungen einer Respektlosen sondern einer Ehrfürchtigen, die sich vor der Wahrheit und vor ihrem Volkstum beugt.

DR. JOSEPH GOEBBELS
Mein Weg ins Dritte Reich
Preis 80 Pfg.

Buchverfand-Abteilung des „Reichswart“, Berlin SW 11, Bernburger Str. 30 Tel.: (Lützow 8082)
Postfachkonto: Berlin 88714 — Bei Vorkaufsendung portofrei — Sonst gegen Nachnahme